

Bereich Arbeitsmarkt

1. Viele Unternehmen in Berlin zögern, Menschen mit Behinderung einzustellen. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie Unternehmen unterstützen, mehr Menschen mit Behinderung einzustellen? Was planen Sie, um Barrieren im Arbeitsleben abzubauen?

2. Viele Menschen mit Behinderung arbeiten in Werkstätten. Sie bekommen dort wenig Geld. Es ist schwer für sie, eine andere Arbeit zu finden. Was wollen Sie tun, damit mehr Menschen mit Behinderung Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bekommen? Wie wollen Sie helfen, dass Werkstätten die Menschen besser beim Wechsel unterstützen?

Anbei die Antwort zu den ersten beiden Fragen des blauen Kamels rund um den Arbeitsplatz: Damit Vielfalt in Unternehmen tatsächlich gelebt werden kann, braucht es mehr als einzelne Maßnahmen oder Programme. Entscheidend ist eine Haltung, die Unterschiede als selbstverständlichen Bestandteil von Zusammenarbeit versteht und allen Mitarbeitenden Wertschätzung, Zugehörigkeit und Entwicklungsmöglichkeiten ermöglicht. Gerade die Zusammenarbeit von Menschen mit und ohne Behinderungen gelingt dann, wenn Inklusion nicht als Sonderthema, sondern als Teil guter Unternehmenskultur verstanden wird.

1. Haltung und Bewusstsein stärken

Führungskräfte und Mitarbeitende für Vielfalt, Inklusion und unbewusste Vorurteile sensibilisieren. Eine Unternehmenskultur fördern, in der unterschiedliche Fähigkeiten, Lebensentwürfe und Arbeitsweisen ausdrücklich erwünscht sind. Offen über Unsicherheiten, Berührungsängste und Vorbehalte sprechen können, ohne Mitarbeitende zu beschämen. Inklusion als Führungsaufgabe verankern und Führungskräfte darin qualifizieren. Deutlich machen: Menschen mit Behinderungen sind nicht „Sonderfälle“, sondern selbstverständliche Kolleg*innen mit unterschiedlichen Kompetenzen und Bedürfnissen.

2. Zugänge zum Unternehmen vielfältiger gestalten

Stellenanzeigen und Bewerbungsverfahren möglichst barrierefrei und niedrigschwellig gestalten. Nicht ausschließlich klassische Qualifikationswege und lückenlose Lebensläufe voraussetzen. Alternative Wege in Beschäftigung ermöglichen, beispielsweise Praktika, Arbeitserprobungen, Einstiegsqualifizierungen oder Teilzeitmodelle. Bewerber*innen mit Behinderungen gezielt ansprechen, ohne sie auf ihre Behinderung zu reduzieren. Auswahlprozesse stärker kompetenzorientiert gestalten: Was kann eine Person und unter welchen Rahmenbedingungen kann sie ihre Fähigkeiten am besten einbringen?

3. Flexible Arbeitsmodelle ermöglichen

Teilzeit, Jobsharing, flexible Arbeitszeiten und – wo möglich – mobiles Arbeiten ermöglichen. Unterschiedliche Lebenssituationen bei der Arbeitsorganisation berücksichtigen. Arbeitszeit und Arbeitsumfang nicht unnötig als starre Voraussetzung für Zugehörigkeit definieren. Übergänge gestalten, etwa beim Einstieg in den Beruf, nach längeren Auszeiten oder bei einer Veränderung der persönlichen Situation.

4. Arbeitsplätze individuell und barrierearm gestalten

Barrierefreiheit nicht erst dann herstellen, wenn eine konkrete Person eingestellt wird, sondern von Anfang an mitdenken.

Arbeitsplätze und Arbeitsprozesse an unterschiedliche Bedürfnisse anpassen.

Technische Hilfsmittel, Assistenz und geeignete Software selbstverständlich als mögliche Arbeitsmittel betrachten.

Individuelle Anpassungen unkompliziert und möglichst unbürokratisch ermöglichen.

Beschäftigte selbst fragen, was sie brauchen, anstatt Annahmen über ihre Bedürfnisse zu treffen.

5. Unterschiedliche Beschäftigungsstrukturen bewusst aufbauen

Nicht nur eine „Standardstelle“ anbieten, sondern unterschiedliche Möglichkeiten der Mitarbeit schaffen.

Aufgaben in sinnvolle Teilaufgaben zerlegen und dadurch auch Tätigkeitsprofile für Menschen mit unterschiedlichen Leistungs- und Unterstützungsbedarfen entwickeln.

Tandem- und Teammodelle nutzen, bei denen unterschiedliche Kompetenzen zusammenkommen.

Übergänge von geförderter Beschäftigung in reguläre Beschäftigung ermöglichen und aktiv begleiten.

Kooperationen mit Integrationsfachdiensten, Bildungsträgern, Werkstätten und anderen Partnern nutzen, ohne Menschen dauerhaft auf bestimmte Beschäftigungsformen festzulegen.

6. Zusammenarbeit im Team unterstützen

Teams auf inklusive Zusammenarbeit vorbereiten und gemeinsame Regeln für respektvolle Kommunikation entwickeln.

Zuständigkeiten und Erwartungen transparent machen.

Nicht die einzelne Person mit Behinderung für das Gelingen der Inklusion verantwortlich machen – die Verantwortung liegt beim gesamten Team und insbesondere bei der Führung.

Konflikte frühzeitig ansprechen und konstruktiv bearbeiten.

Kollegiale Unterstützung ermöglichen, ohne dass einzelne Mitarbeitende dauerhaft die Rolle einer „Betreuungsperson“ übernehmen müssen.

7. Führung neu denken

Führungskräfte sollten weniger danach fragen: „Kann diese Person unter unseren bestehenden Bedingungen funktionieren?“

Stattdessen sollte die Frage lauten: „Welche Rahmenbedingungen brauchen wir, damit unterschiedliche Menschen ihre Stärken einbringen können?“

Leistung und Potenzial individuell betrachten, ohne Standards aufzugeben.

Führungskräfte an der Entwicklung inklusiver Teams messen und dafür konkrete Verantwortung übernehmen.

8. Beteiligung statt Fürsorge

Menschen mit Behinderungen aktiv an Entscheidungen beteiligen, die ihren Arbeitsplatz und ihre Arbeitsbedingungen betreffen.

Nicht über Menschen sprechen, sondern mit ihnen.

Erfahrungen von Mitarbeitenden nutzen, um Barrieren im Unternehmen sichtbar zu machen.

Inklusion gemeinsam mit den Beschäftigten weiterentwickeln und regelmäßig überprüfen.

9. Inklusion verbindlich verankern

Vielfalt und Inklusion in Unternehmensstrategie, Führungsleitlinien und Personalentwicklung aufnehmen.

Verantwortlichkeiten und konkrete Ziele definieren.

Regelmäßig überprüfen, wer Zugang zum Unternehmen bekommt, wer sich entwickelt und wer das Unternehmen wieder verlässt.

Nicht nur Einstellungszahlen betrachten, sondern auch Zugehörigkeit, Zufriedenheit, Entwicklungsmöglichkeiten und langfristige Beschäftigung.

10. Das Thema Arbeit hat zwei Gesichter. Grundsätzlich schulden Behinderte der deutschen Gesellschaft nichts. Im Gegenteil! Vor 90 Jahren haben die Deutschen die Behinderten zu Hunderttausenden grausam ermordet. Es ist völlig ok, alles zu fordern, was man sich wünscht, ohne etwas "zurück geben" zu müssen. Wer Menschen in "nützlich" und "unnützlich" einteilt begeht ein Verbrechen im Kopf. Wir wollen, dass alle, die in Deutschland leben oder leben wollen ein bedingungsloses Grundeinkommen bekommen, damit nur die arbeiten, die das gerne machen. Wer keinen Bock auf Arbeit hat muss auch nicht arbeiten. Das System der Werkstätten wollen wir beenden.

Der zentrale Perspektivwechsel

Die wichtigste Maßnahme ist letztlich ein Perspektivwechsel: Nicht Menschen müssen möglichst gut in bestehende Strukturen passen – Strukturen müssen so gestaltet sein, dass unterschiedliche Menschen darin arbeiten und sich entwickeln können.

Eine inklusive Unternehmenskultur bedeutet deshalb nicht, für jede Person eine Sonderlösung zu schaffen. Sie bedeutet, Beschäftigungsstrukturen von vornherein so vielfältig und flexibel zu gestalten, dass unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten, Voraussetzungen und Lebenssituationen darin Platz finden.

Haltung ist dabei der Ausgangspunkt: Wer Vielfalt wirklich will, muss bereit sein, gewohnte Vorstellungen von „normaler“ Arbeit, Leistungsfähigkeit, Karriere und Zusammenarbeit zu hinterfragen. Erst wenn diese Haltung mit konkreten strukturellen Veränderungen verbunden wird, wird aus dem Wunsch nach Vielfalt gelebte Inklusion.

Bereich Teilhabe

3. In Berlin fehlen vielerorts pädagogische und pflegerische Fachkräfte, sodass Unterstützung und Teilhabe darunter leiden. Was tut Ihre Partei konkret, damit mehr Menschen den Beruf der Heilerziehungspflege erlernen wollen?

4. Menschen mit Behinderung haben ein Recht. Sie dürfen selbst entscheiden, wie und wo sie leben. Was planen Sie, damit Menschen mit Behinderung in Berlin wirklich selbst entscheiden können, wie sie leben und welche Unterstützung sie bekommen?

Und hier die Antwort der bergpartei auf die Fragen 3 und 4, Thema Teilhabe: Eine Gesellschaft, die Teilhabe ernst nimmt, muss zwei Dinge gleichzeitig in den Blick nehmen: Sie braucht genügend Menschen, die professionelle Unterstützung leisten können – und sie muss Menschen mit Behinderungen konsequent als selbstbestimmte Akteur*innen ihrer eigenen Lebensgestaltung anerkennen. Beides gehört unmittelbar zusammen.

1. Fachkräfte gewinnen und den Beruf attraktiver machen

Damit Menschen mit Behinderungen die Unterstützung erhalten, die sie für ein selbstbestimmtes Leben benötigen, braucht es ausreichend qualifizierte und motivierte Fachkräfte. Der Beruf der Heilerziehungspflegerin bzw. des Heilerziehungspflegers ist gesellschaftlich von großer Bedeutung – und dennoch wird seine anspruchsvolle Arbeit häufig nicht ausreichend sichtbar und wertgeschätzt.

Ein erster Schritt muss deshalb eine deutliche Aufwertung des Berufsbildes sein. Dazu gehören faire und verlässliche Löhne, gute Arbeitsbedingungen, ausreichend Personal und verlässliche Dienstpläne. Wer tagtäglich Verantwortung für andere Menschen übernimmt, Beziehungen gestaltet, individuelle Entwicklung unterstützt und gleichzeitig mit komplexen sozialen und pädagogischen Anforderungen umgeht, muss dafür angemessen bezahlt und gesellschaftlich anerkannt werden.

Ebenso wichtig ist es, die Ausbildung attraktiver und zugänglicher zu gestalten. Ausbildungswege sollten finanziell abgesichert, praxisnah und mit guten beruflichen Perspektiven verbunden sein. Auch Quereinstiege und berufsbegleitende Qualifizierungen können dazu beitragen, neue Zielgruppen zu erreichen.

Ein weiterer wichtiger Baustein liegt in der gezielten Gewinnung internationaler Fachkräfte. Qualifikationen, die im Ausland erworben wurden, sollten schneller und unbürokratischer anerkannt werden. Gleichzeitig braucht es verlässliche Sprachförderung, Unterstützung bei der beruflichen Integration und gute Rahmenbedingungen für das Ankommen. Menschen aus anderen Ländern müssen die realistische Möglichkeit haben, hier zu leben, zu arbeiten und langfristig Teil unserer Gesellschaft zu werden.

Dabei sollte internationale Fachkräftegewinnung nicht als kurzfristige Lösung für einen Personalmangel verstanden werden. Sie sollte vielmehr mit einer Willkommenskultur verbunden sein, die Menschen unabhängig von ihrer Herkunft als Bereicherung betrachtet. Vielfalt unter den Fachkräften kann auch die Vielfalt der Menschen widerspiegeln, die unterstützt werden.

Letztlich braucht es eine gesellschaftliche Neubewertung sozialer und pädagogischer Berufe: Gute Pflege, Assistenz, Begleitung und Teilhabe sind keine nachrangigen Aufgaben, sondern eine zentrale Voraussetzung für eine inklusive Gesellschaft.

2. Menschen mit Behinderungen nicht nur beteiligen, sondern mitentscheiden lassen

Teilhabe bedeutet jedoch mehr als die Bereitstellung guter Unterstützung. Sie bedeutet vor allem, Menschen mit Behinderungen als Expert*innen in eigener Sache ernst zu nehmen.

Noch immer werden Entscheidungen zu häufig für Menschen mit Behinderungen getroffen, obwohl es eigentlich darum gehen müsste, Entscheidungen mit ihnen zu treffen. Das betrifft alltägliche Fragen – etwa die Gestaltung der eigenen Wohnung, des Arbeitsplatzes oder der Freizeit – ebenso wie größere gesellschaftliche und politische Entscheidungen.

Ein wirklicher Perspektivwechsel besteht darin, Menschen mit Behinderungen nicht erst dann nach ihrer Meinung zu fragen, wenn wesentliche Entscheidungen bereits getroffen wurden. Ihre Perspektiven müssen von Anfang an Bestandteil von Planungs- und Entscheidungsprozessen sein.

Dafür braucht es echte Beteiligungsstrukturen. Menschen mit Behinderungen sollten beispielsweise in Arbeitsgruppen, Beiräten, politischen Gremien, Personalentscheidungen, Stadtentwicklungsprozessen oder der Entwicklung sozialer Angebote selbstverständlich vertreten

sein. Dabei reicht es nicht aus, ihnen lediglich einen Sitz am Tisch zu geben. Sie müssen die notwendigen Informationen, Zeit und Unterstützung erhalten, um sich tatsächlich einbringen und Einfluss nehmen zu können.

Das bedeutet auch, Beteiligungsprozesse selbst inklusiv zu gestalten: Informationen müssen verständlich und barrierefrei zugänglich sein, Sitzungen müssen räumlich und kommunikativ zugänglich sein, und es braucht bei Bedarf Assistenz oder Unterstützung bei der Kommunikation. Wer Beteiligung fordert, muss auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Beteiligung möglich ist.

Besonders wichtig ist dabei die Anerkennung unterschiedlicher Kommunikationsformen. Nicht jeder Mensch kann oder möchte sich in klassischen Gesprächs- oder Sitzungssituationen äußern. Unterstützte Kommunikation, einfache Sprache, visuelle Informationen oder andere Formen der Beteiligung können dazu beitragen, dass auch Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf ihre Perspektiven einbringen können.

Dabei sollte Beteiligung nicht auf diejenigen Menschen beschränkt bleiben, die besonders selbstbewusst auftreten oder bereits gelernt haben, sich in politischen und institutionellen Strukturen zu bewegen. Gerade Menschen, deren Stimmen bisher wenig gehört wurden, müssen gezielt erreicht und unterstützt werden.

3. Selbstverwaltung zulassen

Wir haben viele gute Ideen. Allerdings werden viele Sachen erst dadurch Realität, dass Behinderte ihre Forderungen selber umsetzen. In Kassel konnten Behinderte früher nicht mit der Straßenbahn fahren. Also haben Behinderte die Straßenbahn blockiert. Sie nannten sich selber Krüppel-Bewegung. In Italien haben Menschen dagegen protestiert, dass man eingesperrt wird, wenn man als verrückt wahrgenommen wurde. Sie haben erreicht, dass es nahezu keine Psychiatrien in Italien mehr gibt. Es kommt also nicht darauf an ob eine Idee gut ist, oder die richtigen Leute in der Regierung sitzen. Zur Zeit, genau jetzt entsteht eine Bewegung der pflegenden Angehörigen. Sie wollen mehr Unterstützung und Anerkennung. Wir freuen uns, diese neue Bewegung beraten zu dürfen. Die Verbesserung der Bedingungen von Pflegenden verbessert auch das Leben von Behinderten.

In Berlin gibt es die Ambulante Dienste, gegründet in den 80ern von Behinderten, die aus Heimen geflohen sind.. Die nennen sich Hilfe-nehmende. . Da organisieren Behinderte ihre Versorgung selbst, formulieren ihre Wünsche nach Selbstermächtigung.

Vom „Für“ zum „Mit“.

Der entscheidende Schritt ist ein Wechsel der Haltung: Nicht „Was können wir für Menschen mit Behinderungen tun?“, sondern „Wie können wir gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen gute Lösungen entwickeln?“

Das gilt für die Gestaltung eines Arbeitsplatzes ebenso wie für die Frage, wie eine Wohnform aussehen soll, welche Unterstützungsangebote gebraucht werden oder wie eine Kommune ihre Infrastruktur plant.

Teilhabe wird dort konkret, wo Menschen nicht nur Unterstützungsempfängerinnen sind, sondern ****Mitgestaltende, Entscheidungsträgerinnen, Arbeitnehmerinnen, Bürgerinnen und politische Stimmen****.

Dafür braucht es Zeit, Ressourcen und manchmal auch Geduld. Vor allem aber braucht es die Bereitschaft, Macht zu teilen und Entscheidungen abzugeben. Denn echte Beteiligung bedeutet nicht, dass Menschen angehört werden – sie bedeutet, dass ihre Meinung etwas verändert.

Eine inklusive Gesellschaft ist deshalb nicht allein daran zu erkennen, wie gut sie Menschen mit Behinderungen versorgt. Sie zeigt sich daran, wie selbstverständlich Menschen mit Behinderungen ihr eigenes Leben bestimmen und an der Gestaltung unserer gemeinsamen Gesellschaft mitwirken können.

Bereich Bürokratieabbau und beschleunigte Verfahren

5. In Berlin dauern Verwaltungsverfahren oft lange und sind für viele Menschen schwer verständlich. Frage: Was wollen Sie konkret tun, um Anträge, Genehmigungen und Verwaltungsprozesse einfacher und schneller zu machen?

6. Träger sozialer Einrichtungen in Berlin berichten von hohem bürokratischem Aufwand bei Förderanträgen und Abrechnungen. Frage: Welche Maßnahmen planen Sie, um soziale Organisationen spürbar zu entlasten?

Hier die Antworten der bergpartei zum Bürokratieabbau in einfachen Worten: Bürokratie abbauen, soziale Arbeit stärken

Soziale Einrichtungen brauchen weniger Bürokratie und schnellere Entscheidungen. Förderanträge, Genehmigungen, Nachweise und Abrechnungen sind heute oft zu aufwendig. Zeit, die für Menschen fehlen.

Unsere Lösungen:

Anträge einfacher und verständlicher machen.

Verfahren digitalisieren und beschleunigen.

Nachweise und Dokumentationen auf das wirklich Notwendige begrenzen.

Förderungen über mehrere Jahre ermöglichen, statt jedes Jahr neue Anträge zu verlangen.

Einheitliche Regeln und Ansprechpersonen schaffen.

Gute Projekte schneller genehmigen und finanzieren.

Soziale Organisationen dauerhaft finanziell absichern, damit sie Fachkräfte halten und gute Arbeit leisten können.

Denn: Jede Stunde weniger Bürokratie ist eine Stunde mehr für Menschen. Soziale Einrichtungen sollen sich um ihre eigentliche Aufgabe kümmern können: Menschen begleiten, unterstützen und Teilhabe ermöglichen.

Bereich Wohnen

7. In Berlin gibt es zu wenig bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum, insbesondere für Menschen mit Behinderungen, weshalb politische Lösungen dringend erforderlich sind. Was tun Sie, damit es mehr bezahlbare Wohnungen ohne Barrieren gibt?

8. Gerade in Berlin betrifft die Wohnungsfrage nicht nur den Neubau, sondern auch den Schutz bestehender Mietverhältnisse – besonders für Menschen mit geringem Einkommen oder Unterstützungsbedarf. Was tun Sie konkret, um steigende Mieten zu begrenzen und Verdrängung zu verhindern?

Unsere Antwort zum Thema Wohnraum: Wohnen ist ein Menschenrecht

Menschen mit Behinderung brauchen sicheren und bezahlbaren Wohnraum. In Berlin gibt es davon zu wenig. Barrierefreie Wohnungen sind besonders knapp. Dazu kommen hohe Mieten, Eigenbedarfskündigungen und unsichere Mietverträge.

Unsere Lösungen:

Mehr barrierefreie und bezahlbare Wohnungen bauen.
Öffentlichen und sozialen Wohnungsbau deutlich stärken.
Barrierefreiheit bei Neubau und Sanierung verbindlich machen.
Mietverträge besser vor Kündigung und Verdrängung schützen.
Mieterhöhungen stärker begrenzen.
Wohnraum nicht als Ware behandeln, mit der möglichst viel Gewinn gemacht werden soll.
Grundstücke und Wohnungen stärker in öffentliche und gemeinnützige Hand bringen.
Menschen mit Behinderung bei der Planung von Wohnungen und Wohnangeboten direkt beteiligen.

Wohnen darf kein Luxus sein. Ein Zuhause ist kein Geschäftsmodell. Es ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Deshalb muss die Politik dafür sorgen, dass nicht der größte Gewinn entscheidet, wer sich eine Wohnung leisten kann. Der Mensch muss wichtiger sein als die Rendite.

Generell sind wir dagegen, dass privaten Menschen Land und Häuser gehören können. Sie haben diese Dinge nicht gemacht, also können sie sie auch nicht besitzen. Außerdem sollten Dinge, die man zum Leben dringend braucht, wie Essen und Wohnung, keine Ware sein. Waren sind Dinge, die auf dem Markt verkauft werden und deshalb einen schwankenden Preis haben.

Bereich Barrierefreie Kommunikation und Information

9. Viele Menschen können schwierige Sprache nicht gut verstehen. Deshalb müssen wichtige Informationen auch in Leichter Sprache verfügbar sein. Das gilt zum Beispiel für die Website berlin.de und für Anträge. Bis wann sind alle wichtigen Informationen im Land Berlin auch in Leichter Sprache zu finden?

10. Wie wird sichergestellt, dass trotz notwendiger Digitalisierung künftig analoge Angebote des Landes bestehen, falls Bürgerinnen und Bürger eine Digitalisierung nicht umsetzen können oder wollen?

Anbei das Thema Kommunikation: Informationen für alle: Barriere-freie Sprache und digitale Angebote in Berlin

Viele Menschen in Berlin brauchen Informationen in Leichter Sprache.
Leichte Sprache hilft vielen Menschen.

Zum Beispiel:

- * Menschen mit Lern-Schwierigkeiten.
- * Menschen, die nicht so gut Deutsch sprechen.
- * Älteren Menschen.

Auf den Internet-Seiten von den Berliner Bürger-Ämtern gibt es aber oft keine Leichte Sprache. Das gilt auch für viele andere Internet-Seiten der Stadt.

Formulare und Infos sind oft sehr schwer zu verstehen.
Das ist eine große Hürde.
Viele Menschen fragen sich:

Wann ändert sich das endlich?
Das sagt das Gesetz:
Berlin hat ein Gesetz für Barriere-Freiheit.
Darin steht:

Die Behörden müssen wichtige Informationen auch in Leichter Sprache anbieten.
Das gilt für das Internet und für Papiere.
Die Behörden arbeiten daran.
Aber es dauert oft sehr lange.
Es gibt noch viel zu tun.
Digitales und analoges Angebot in Berlin
Die Digitalisierung geht voran.
Immer mehr Angebote gibt es nur noch im Internet.

Zum Beispiel:
* Termine buchen.
* Formulare ausfüllen.
* Rechnungen bezahlen.

Aber nicht alle Menschen können oder wollen das Internet nutzen.
Manche Menschen brauchen Unterstützung von anderen Menschen.
Sie brauchen Hilfe vor Ort oder am Telefon.
Bleiben die analogen Angebote erhalten?
Ja, das ist geplant.
Berlin muss dafür sorgen, dass niemand ausgeschlossen wird.

Das nennt man digitale Teilhabe.
Auch in Zukunft muss es möglich sein:
* Persönliche Beratung im Bürger-Amt zu bekommen.
* Termine am Telefon oder vor Ort zu machen.
* Scheine und Münzen (Bargeld) zu nutzen.

Die Stadt Berlin darf Menschen ohne Internet nicht vergessen.

Normale verhalten sich oft komisch. Man weiß nie, was als nächstes kommt. Das gehört auch zum Thema Kommunikation. Die Mehrheit der Gesellschaft muss sich klar werden, dass niemand 100% in das Bild "Normal" passt. Außerdem kann es immer und überall passieren, dass man plötzlich mehr behindert wird und mehr Hilfe benötigt. Es gibt dazu Gruppen und Organisationen, die Ideen der Ungleichheit verbreiten. Diese Gruppen, Parteien und Organisationen dürfen keine Unterstützung mehr durch den Staat bekommen.

Bereich Mobilität

11. Wie wird gewährleistet, dass Inklusionstaxen einfach und verlässlich zur Verfügung stehen statt nur am BER?

12. Bis wann werden zumindest alle Hauptstraßen Berlins mit ihren Kreuzungen und Einmündungen überall barrierefreie Doppelquerungen haben?

Quantensprung der Asphalt-Anarchie: Geschmeidig von A nach Irgendwo

Unterwegssein ist kein Privileg für Beine mit Leistungssport-Abo, sondern ein Berliner Grundrecht wie das Meckern im Späti. Egal ob du auf zwei Sohlen schwebst, auf vier Rädern durch die Matrix rollst oder den Nachwuchs in einer High-Tech-Sänfte vor dir herschiebst: Die Straße gehört nicht den SUVs, sondern dem Leben.

Wir fordern zwei handfeste Wunder für das kollektive Vorankommen:

- * Inklusions-Taxen (Das Raumschiff ohne Umsteigen)

Ein Inklusions-Taxi ist ein rollendes Wohnzimmer mit Heckklappe. Wer im Rollstuhl sitzt, schwebst einfach rein, ohne akrobatische Verrenkungen oder Kniebeugen-Zwang. Bisher sind diese Gefährte in Berlin seltener als ein pünktlicher Ersatzverkehr. Wir wollen eine Flotte dieser Raumschiffe auf die Straße zaubern. Damit A nach B endlich keine Odyssee mehr ist, sondern ein Kurztrip mit Lieblings-Playlist.

- * Doppel-Querungen (Kreuzberger Kanten-Kultur)

Jede Kreuzung braucht Hirn und Herz. An der Gehwegkante basteln wir das ultimative Doppel-Interface:

- * Null Millimeter: Eine Hälfte sinkt so tief ab, dass Rollstühle, Rollatoren und Kinderwagen ohne Erschütterung des Raum-Zeit-Kontinuums drübergleiten.

- * Rillen-Poesie: Die andere Hälfte behält eine feine Kante und gefurchte Rillen. Ein Blindenstock liest diesen Asphalt wie ein gutes Buch und sagt verlässlich: Hier geht's lang, Mensch. Keine Raketenwissenschaft, sondern gelebter Verstand. Damit wir alle – vom Sehenden bis zum Träumer – stolperfrei durch diesen herrlichen Betonschungel navigieren.

Bereich Bildung

13. Eltern dürfen wählen, dass ihr Kind eine Regelschule besucht. Aber oft klappt das nicht in der Praxis – weil passende Unterstützung und Personal fehlen. Was planen Sie, damit dieses Recht auch wirklich funktioniert?

14. Manche Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen können nicht an Prüfungen teilnehmen.

Zum Beispiel, weil Prüfungen nicht barrierefrei sind. Oder weil sie nicht in Gebärdensprache möglich sind. Oder weil manche Kinder anders unterrichtet werden als die anderen – das nennt man zieldifferenter Unterricht. Diese Kinder dürfen dann gar nicht an Prüfungen teilnehmen und bekommen keinen Schulabschluss. Was planen Sie, damit alle Schülerinnen und Schüler die Chance auf einen Abschluss haben?

Verständlich auf den Punkt gebracht:

Das Problem:

Das heutige Schul-System hat viele Fehler.

- * Die Schule fängt für viele Kinder zu früh am Morgen an.
- * Die Klassen sind zu groß.
- * Lehr-Kräfte erklären oft nur vorne an der Tafel, anstatt auf das einzelne Kind einzugehen.
- * Es gibt zu viel Druck und zu strenge Noten.

Unsere Wünsche für eine neue Schule:

* Kleinere Klassen und bessere Hilfe: In kleinen Gruppen haben Lehr-Kräfte mehr Zeit für jedes Kind.

* Größere Räume

* Weniger Druck: Noten sollen nicht bestrafen, sondern nur zeigen, wo man steht.

* Kreativität ist wichtig: Fächer wie Kunst, Musik und Theater müssen genauso wichtig sein wie Mathe oder Deutsch.

* Lernen für das Leben: Kinder brauchen Fächer wie Empathie, Mitgefühl und Herzens-Bildung, um gut miteinander umzugehen.

* Fächer verbinden: Kinder sollten an Projekten arbeiten, die verschiedene Fächer und Alters-Gruppen mischen.

* Echte Inklusion: Jedes Kind muss überall mitmachen können. Das bedeutet zum Beispiel:

* Rollstuhl-Gerechte Wege und Räume.

* Gebärden-Sprache bei Prüfungen.

* Individuelle Hilfe für Kinder mit Einschränkungen.

Schule muss ein Ort werden, an dem jedes Kind ohne Angst und mit Freude lernen kann.